

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuigkeiten) — (Niederwallener Zeitung)

Erscheinung: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftsteller
Wilhelm Probst, Schierstein.

Anzeigen
kosten die einspaltige Kolonelle
ober deren Raum 25 Btg.
Reklamen 60 Btg.

Bezugspreis
monatlich 95 Btg., mit Bringer-
lohn 115 Btg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Btg.
auschl. Postgebühren.

Fernruf Nr. 584.

Postfach Nr. 16681. Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 584

Nr. 5.

Dienstag, den 13. Januar 1920.

28. Jahrgang

Armée Française du Rhin District de Wiesbaden Cercle de
Wiesbaden Campagne. Nr. 179/2.

Bekanntmachung.

Auf Befehl des Oberkommandierenden Generals der
Französischen Rheinarmee ist die Ausfuhr sowie der Verkauf
der Zeitschriften „Gartenlaube“ und „Jugend“ dauernd
untersagt.

Le Commandant de Juvigny
Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden-Campagne
signé: de Juvigny.

Die Kaiserbriefe.

Der Allianzgedanke.

Die „Post. Ztg.“ veröffentlicht aus der Reihe der
Kaiserbriefe an den Zaren ein Schreiben Kaiser Wil-
helms gegen Ende 1904 als Begleitbrief zu dem Ent-
wurf eines formellen Bündnisvertrages zwischen Deutsch-
land und Rußland. Ferner veröffentlicht das Blatt zwei
Entwürfe zu diesem Vertrage, von denen der eine vom
Zaren, der andere vom Kaiser unterzeichnet worden ist.
In dem Vertragsentwurf des Zaren wird der Vertrag
als ein Defensivbündnis zum Zwecke der Aufrechterhal-
tung des Friedens in Europa bezeichnet. Auch der Ent-
wurf des Kaisers sieht ein Defensivbündnis vor, das al-
lein zur Lokalisierung des russisch-japanischen Krieges
dienen sollte. Gezeichnet ist das Bündnis infolge einer
aus einem anderen Briefe des Kaisers ersichtlichen Mei-
nungsverschiedenheit. Der Zar beharrte nämlich auf der
Forderung, daß er den Abschluß dieses Bündnisses sei-
nem bisherigen Verbündeten, Frankreich mittei-
len müsse. Kaiser Wilhelm aber habe diese For-
derung abgelehnt.

Der Entwurf des Zaren:

Ihre Majestäten der Kaiser aller Reußen und der
Deutsche Kaiser haben zum Zwecke der Aufrechterhaltung
des Friedens in Europa folgende Artikel eines Defensiv-
bündnisses vereinbart:

Art. 1. Falls eines der beiden Kaiserreiche von
einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird
sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Land
und zur See ihm beistehen. Seine Majestät der Kaiser
aller Reußen wird die notwendigen Schritte unterneh-
men, um Frankreich in diese Abmachungen einzuwei-
hen und es verpflichten, sich als Verbündeter anzuschließen.

Art. 2. Die hohen vertragsschließenden Parteien ver-
pflichten sich, keinen Separatfrieden mit irgend einem ge-
meinsamen Feinde abzuschließen.

Art. 3. Der gegenwärtige Vertrag bleibt in Kraft,
solange er nicht ein Jahr voraus gekündigt wird.

Geheimartikel. Die hohen vertragsschließen-
den Parteien sind angehalten, gemeinsame Sache zu ma-
chen, falls Handlungen, die während des Krieges voll-
zogen worden sind, wie z. B. die Lieferung von Koh-
len an einen der Kriegsführenden, Reklamationen einer
dritten Macht veranlassen sollten, also angebliche Ver-
letzung des Neutralitätsrechts.

Aus dem Wortlaut des Art. 1 ergibt sich, daß das
Deutsche Reich an keiner Aktion, wie immer, teilnehmen
wird, die eine feindselige Tendenz gegen Rußland ent-
halten sollte.

Der Entwurf des Kaisers.

Ihre Majestäten der Kaiser aller Reußen und der
Deutsche Kaiser haben, um den russisch-japanischen Krieg
möglichst zu lokalisieren, folgende Artikel eines Defensiv-
bündnisses vereinbart:

Art. 1. Falls eines der beiden Kaiserreiche von
einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird
sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Land
und zur See ihm beistehen. Vorkommendfalls werden
die beiden Verbündeten ebenso gemeinsame Sache ma-
chen, um Frankreich zur Beachtung der Verbind-
lichkeiten aufzufordern, die es nach dem Wortlaut des
französisch-russischen Bündnisvertrages übernommen hat.

Art. 2. Die beiden Parteien verpflichten sich, keinen
Separatfrieden mit irgend einem gemeinsamen Feinde zu
schließen.

Art. 3. Die Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfe-
leistung wird auch notwendig in dem Falle, als Hand-
lungen, die von einer der beiden hohen vertragsschließen-
den Parteien während des Krieges vollzogen worden
sind, wie z. B. die Lieferung von Kohlen an einen der
Kriegsführenden, Reklamationen seitens einer dritten Macht
veranlassen sollten, also angebliche Verletzungen des
Neutralitätsrechts.

Auf Grund der Mitteilungen, die er russischen Freun-
den dankt, die Zeit Peters aus Moskau ge-
schickt waren, mit der Berliner Reichsblätter des
„Allgemeinen Handels“, daß diese Briefe schon wäh-
rend des Krieges, zwar unter der Herrschaft Peters-
kis, in einer in der russischen Zeitschrift veröf-
flicht worden waren, anscheinend keine Exem-
plare nach Mittel- und Ost-Asien waren. Gewandte Ge-
schäftsleute hätten einige Nummern der
Zeitschrift zu verkaufen und vor einigen Mona-
ten deren Inhalt in Zeitungen angeboten.

Die Rückkehr des Friedens.

Der Friede ist durch die Auswechslung der Ratifi-
kationsurkunden endlich zur Tatsache geworden. Im deut-
schen Volke wird durch dieses Ereignis keine allzugroße
Freude geweckt; denn abgesehen davon, daß die fortge-
setzte Hinauszögerung eine gewisse Abstumpfung er-
zeugt hat, ist die Freude an dem Vollzug des Urkun-
denaustausches dadurch vermindert, daß mit dem Augen-
blick des Inkrafttretens des Bündnisses auch die Verpflich-
tung der Erfüllung der schweren Friedensbedingungen in
Betracht tritt.

Verschieden werden die Empfindungen im befehlten
und unbesetzten Gebiet sein, wo sich eine unmittelbare
Bewertung nicht feststellen läßt. Ein Sturm widerstren-
der Gefühle überwallt jedes deutsche Gemüt. In Ge-
danken mag mancher noch einmal den rechten Weg vom
2. August 1914 bis heute durchmessen. Es ist ein Lei-
densweg, an dessen Rand zahllose Mackenzie stehen, die
in der Weltgeschichte als gewaltige Ereignisse verzeichnet
werden. Mit verschiedenen Empfindungen nimmt die Nach-
richt der heimische Soldat und Kriegsteilnehmer, der
selbst sein Blut vergossen hat, anders die Frau, die den
Gatten, die Mutter die den Sohn verloren hat. Keine
Freude wird die Nachricht bei allen wecken, die Ange-
hörige in Kriegsgefangenschaft haben, für die schlägt
jetzt die Stunde der Erlösung und dazu beglückwünschen
wir von Herzen unsere deutschen Söhne und Brüder, be-
stimmten wir die Gattinnen, die nunmehr das Ha-
upt, die Kinder, die den Vater, die Eltern, die
den Sohn bald wiedersehen.

Es liegt uns, nachdem die Waffen mehr als ein
Jahr ruhen, schon unendlich fern, Kriegserinnerungen zu
wecken; aber die Frage der Schuld am Kriege wird noch
oft auftauchen und mit dem Vollzug des Schlussproto-
kolls wird auch die Auslieferung von Kriegsteilnehmern
von uns verlangt, da ihnen die Verbandsmächte eine
im Krieg begangene Schuld beimeßen. Wie groß die
Zahl ist und die Namen der Geforderten, darüber muß
man ja nun bald näheres erfahren.

Wie anders kommt der Friede, als man ihn wäh-
rend der langen, bange Jahre herbeigesehnt hatte?
Manche hoffen auf eine plötzliche frohe Friedensbotschaft.
Jögern und säufend, wie der Krieg vorbeizog, ist
auch der Friede gekommen. Warum er keine rechte
Freude bei uns weckt? Wir deuten schon einen der
Gründe an, aber der Hauptgrund ist, daß er in eine
Zeit fällt, in der uns die Flut zum Halse steigt, in der
das Hungergepöhl allenthalben sichtbar wird und eine
solch maßlose Teuerung herrscht, wie die Welt derglei-
chen noch nicht gesehen hat. Wir können nicht mit Schil-
fer den Frieden mit dem flehlichen Anaben am ruhigen
Bach vergleichen. Solange der äußere Friede mit dem
inneren nicht paart ist, kann von Schönheit nicht die
Rede sein. Das weiß jeder, der einen Blick auf unser
armes Vaterland wirft und dabei inne wird, wie es
durch Kämpfe und wirtschaftliche Streitigkeiten zerrissen
wird. In tönenden Worten dem Schmerz Luft zu machen,
hat wenig Zweck. Nur die Pflichterfüllung und eiserne
Fleiß können uns helfen. Gehen wir diesen dornenvol-
len Weg der Pflicht, dann brauchen wir immer noch nicht
zu verzweifeln.

Aber trotz alledem müssen wir froh und dankbar
sein, daß die letzte Etappe des grausamen Krieges er-
reicht ist. Und so wollen wir mit frischem Mut und mit
Gottes Hilfe an den Wiederaufbau unseres zusammen-
gefallenen Hauses herantreten. Es kommen auch wie-
der bessere Tage.

Der Friedensschluß.

Die Unterzeichnung.

Ueber die Zeremonie der Unterzeichnung des Pro-
tokolls vom 11. November und den Austausch der Ratifi-
kationen meldet die Agentur Havas: Um 4 Uhr ver-
sammelten sich Clemenceau, Lloyd George, Ritti und
Ratsum im Kabinett von Wilson. Gleich darauf wurde
von Versner und von Simson durch den Protokollführer
William Martin eingeführt. Nachdem Clemenceau die
Erklärung abgegeben hatte, daß der ihnen zur Unter-
schrift vorgelegte Text des Protokolls der nämliche sei,

wie der ihnen am 11. November übergebene, ersuchte er
sie, zu unterzeichnen. Nacheinander traten von Versner
und von Simson an den Tisch, auf welchem das diplo-
matische Aktenstück lag, und setzten ihre Unterschrift da-
unter. Clemenceau übergab sodann den deutschen Dele-
gierten das Schreiben über die Herabsetzung des schwin-
menden Materials. Die erste Sitzung hat kaum drei
Minuten gedauert. Die deutschen Delegierten wurden
hierauf in den Uhrensaal geführt, wo die Delegierten der
alliierten Mächte Platz genommen hatten. Clemenceau
nahm vor dem großen Kamin auf dem Präsidentensitz
seinen Platz ein. William Martin ersuchte die deutschen
Delegierten, das Ratifikationsprotokoll, das sich auf einem
eigenen zu diesem Zweck hergerichteten Tisch befand, zu
unterzeichnen. Als erster unterschrieb v. Simson, wor-
auf v. Versner seine Unterschrift unter das Protokoll
setzte. Es unterzeichneten dann der Reihe nach Lloyd
George, Clemenceau, Ritti und Ratsum. Nach diesen
Vertretern der Großmächte, die den Friedensvertrag von
Versailles ratifiziert haben, folgten mit ihrer Unterschrift
die Bevollmächtigten von Belgien, Bolivien, Brasilien,
Guatemala, Kanada, Peru, Polen, Rumänien, der Tschecho-
slowakei und von Uruguay. Nachdem alle unterzeichnet
hatten, erhob sich Clemenceau und sagte: Das Ratifi-
kationsprotokoll, das zwischen den Mächten der Entente
und Deutschland abgeschlossen worden ist, ist unterschrie-
ben. In diesem Augenblick tritt also der Friedensver-
trag in Kraft, und es müssen alle seine Klauseln durch-
geführt werden. Die Sitzung ist aufgehoben. Es war
genau 4,15 Uhr. Die deutschen Delegierten zogen sich
als erste zurück, worauf ihnen die Delegierten der Allii-
erten folgten. Clemenceau, Lloyd George und Ritti
verließen jedoch das Ministerium nicht, sondern hielten
eine geheime Sitzung ab. Vor dem Gebäude hatten sich
während des Zeremoniells der Unterzeichnung einige
Hundert Personen eingefunden.

Die Heimkehr der Gefangenen.

Nach einer Voraussage soll die Heimkehr der
Gefangenen aus Frankreich ihren Anfang nehmen,
sobald die nötigen Wagen aus Deutschland eingeführt
sind. Von deutscher Seite nimmt an den Verhandlungen
Major Droult teil. Von dem Augenblick an, an
welchem Deutschland die Wagen liefert, zu deren Belas-
tung es sich verpflichtet hat, wird die Heimkehrung be-
ginnen und ohne Unterbrechung bis zu ihrer völligen Er-
reichung dauern.

Im „Echo de Paris“ erklärt General Cassouin,
daß die Transporte der deutschen Kriegsgefangenen mit
dem Rest des deutschen Materials in Jügen erfolgt, die
zur Hälfte aus Personen, zur anderen Hälfte aus Güter-
wagen bestehen. Die Jüge werden von französischem
Solomobilerpersonal geführt sein, da kein deutsches Per-
sonal auf den französischen Linien geduldet wird. Die
Jüge werden bis an die Abnahmeorte geführt werden.
Zunehmend wird man, wenn sich das Bedürfnis geltend
macht, auch die belgischen Linien benutzen. Bis zum
Abschluß der Transporte wird mit einer Dauer von 6
Wochen gerechnet, da es sich ungefähr um 350 000 deut-
sche Kriegsgefangene handelt. Durch die Transporte sol-
len die eigenen französischen Transporte nicht in Mit-
leidenschaft gezogen werden.

Was wir verlieren.

Die ganze Schwere der Bedingungen wird sich erst
jetzt, da der Friede rechtswirksam geworden ist, auf uns
laden. In den nächsten Jahren verlieren wir rund an
Land 2 900 000 Quadratkilometer und über 12 Millio-
nen Einwohner. Aus dem Reich selbst scheiden aus an
Land 65 013 Quadratkilometer mit 6 062 101 Bewoh-
nern, wenn man die Volkszählung von 1910 zugrunde
legt, die damals für Deutschland eine Bevölkerungszahl
von 64 925 900 Einwohnern auf 540 857 Quadratkilo-
meter ergeben hatte. Die Abzählungsgebiete, deren
Schicksal so dunkel ist, umfassen rund 33 400 Quadrat-
kilometer und 3 Millionen Einwohner. Wenn uns die
Abzählungsgebiete auch noch verloren gehen sollten,
würden wir das Reich um insgesamt 98 400 Quadrat-
kilometer und fast 9 Millionen Einwohner verkleinert
sehen. Das würde einen Verlust von rund 18 Prozent
an seiner Fläche und 14,07 Prozent an seiner Bevölke-
rung bedeuten.

Weiter: Wenn wir die deutsche Eisenerzgewinnung
vom Jahre 1913 mit 36 Millionen Tonnen ansetzen,
sind wir, daß wir ein Gebiet verlieren, in dem 28
Millionen Tonnen erzeugt worden sind. Die Steinkoh-
lenförderung betrug 1913 rund 190 Millionen Tonnen;
wir würden ein Gebiet mit einer Förderung von 60
Millionen Tonnen verlieren; von den 11 Millionen Tonnen
Kohlen, die wir als Wiedergutmachung zu liefern ha-
ben, ist hier abgezogen. Das sind Schläge, die unsere
Zukunft schwer treffen. Von schweren Folgen wird aber

aus dem im Herbst darauf, daß unsere landwirtschaftliche Produktion für unsere Ernährung bei weitem nicht ausreicht, die Abbreitung eines Gebietes sein, in dem in den Jahren 1913 und 14 etwa 20 Millionen Tonnen Kartoffeln und Getreide hervorgebracht worden sind.

Die interalliierte Rheinlandkommission.

Die Havas-Agentur meldet aus Koblenz, daß die Hohen interalliierte Rheinlandkommission in einer Proklamation bekanntgegeben hat, daß sie vom 10. Januar ab die Oberste Vertretung der alliierten Regierungen in den besetzten Gebieten übernimmt.

Der Nationalversammlung sind nunmehr die Verordnungen der Hohen alliierten Rheinlandkommission zugegangen, welche die Befugnisse der Besatzungsbehörden in den besetzten Gebieten betreffen. Bezüglich der Presse wird bestimmt, daß Zeitungen, Druckschriften, Reproduktionen, Bilder, Noten mit Text und Filmen, wenn die öffentliche Ordnung gefährdet oder die Sicherheit oder das Ansehen der Hohen Kommission oder der Besatzungstruppen beeinträchtigt, verboten oder beschlagnahmt werden können. Den Tageszeitungen kann das Erscheinen ganz oder auf die Dauer von drei Tagen bis drei Monaten verboten werden. Die Verleger beanstandeter Veröffentlichungen, Eigentümer oder Herausgeber von Zeitungen können vor die zuständigen Gerichte gezogen werden. Der Verkauf und der Vertrieb solcher Veröffentlichungen sind strafbar und die betr. Geschäfte können für drei Tage bis zu drei Monaten geschlossen werden.

Völkerbund.

In Uebereinstimmung mit Artikel 1 in der Beilage zum ersten Teil des Friedensvertrages von Versailles, wurden nach einer Havasmeldung die nachgenannten Staaten eingeladen innerhalb der zwei der Inkraftsetzung des Friedensvertrages folgenden Monaten dem Völkerbund beizutreten. Es sind dies: Argentinien, Chile, Kolumbien, Dänemark, Spanien, Norwegen, Persien, die Niederlande, Paraguay, Salvador, Schweden, Schweiz und Venezuela.

Rundgebung der Reichsregierung.

Der Reichspräsident und die Regierung haben folgende Rundgebung erlassen:

An die deutsche Bevölkerung der aus dem Reichsverband ausscheidenden Landesteile!

Der unglückliche Ausgang des Krieges hat uns wehrlos der Willkür der Sieger preisgegeben und legt uns unter dem Titel des Friedens die schwersten Opfer auf. Das schwerste aber, das man uns aufzwingt, ist der Verzicht auf deutsche Gebietsteile im Osten, Westen und Norden. Unter Nichtachtung ihres Rechtes auf nationale Selbstbestimmung werden Hunderttausende deutscher Volksgenossen fremder Staatsgewalt unterstellt. Deutsche Brüder und Schwestern! Nicht nur in der Stunde des Abschieds, sondern immerdar wird die Trauer über diesen Verlust unsere Herzen erfüllen, und wir geloben Euch im Namen des gesamten deutschen Volkes, daß wir Euch nimmer vergessen werden. Auch Ihr werdet das gemeinsame deutsche Mutterland nicht vergessen; dessen sind wir gewiß. Ueber die zerrissene Staatsgemeinschaft hinaus werden Eure Herzen Treue halten der deutschen Stämme- und Kulturgemeinschaft, die der Nährquell Eures geistigen Lebens war und jederzeit bleiben wird. Seien wir uns in dieser schweren Stunde des Verlustes des Möglichen bewußt, was uns als gemeinsames Gut bleibt, und was keine Macht uns rauben kann. Gemeinsam bleibt uns die Sprache, die uns die Mutter geliebt hat, gemeinsam die Welt der Gedanken, der Worte, der Töne und der Bilder, in denen die großen Geister unseres Volkes nach dem höchsten und edelsten Ausdruck deutscher Kultur gerungen haben. Mit allen Fasern unseres Denkens, unseres Lebens und ganzen Seins bleiben wir verbunden. Was von unserer Seite geschehen kann, um Euch die Mutter Sprache, die deutsche Eigenart und den innigen geistigen Zusammenhang mit dem Heimatland zu erhalten, das wird geschehen. Wie es schon, soweit Verhandlungen möglich waren, unsere vornehmste Sorge war, Euch trotz der Trennung Eurer nationalen

Verhältnisse zu bewahren, so werden wir nach Aufhören, dafür einzutreten, daß die vertraglich gegebenen Zusagen gehalten werden. Unsere Schulen aber und alle unsere Einrichtungen für die Bildung des Geistes und für die Pflege der Wissenschaften und Künste sollen Euch auch weiterhin wie bisher offen stehen. Herüber und hinüber soll jeder Austausch gepflegt und jedes seelische und unzerstörbare Band an geistigen Gütern, den das deutsche Volk besitzt, gehört Euch mit. Seine nationale Bindkraft wird sich bewähren. Seit Jahrhunderten schon war es das Schicksal unseres Volkes, daß zahlreiche Deutsche außerhalb des Staatsverbandes unter fremder Herrschaft gestanden haben. Wo auch immer inmitten fremden Volkstums ihre Siedlungen standen, sie haben ihre deutsche Eigenart und den geistigen Zusammenhang mit dem Mutterlande in den schwersten Zeiten bewahrt und die Kraft ihrer nationalen Kultur über weite Gebiete ausgestrahlt. Ihre Arbeit wird Euch vorbildlich sein für die schwere Aufgabe, die ein herbes Geschick Euch auferlegt. Deutsche Herzen verzagen nicht, und deutscher Wille findet den Weg, sich zu behaupten. Seid gewiß, daß unsere Teilnahme, unsere Sorge und unsere heilige Liebe Euch unverwundlich erhalten bleiben. In diesem gegenseitigen Vertrauen wollen wir in der schweren Stunde der Trennung uns unserer untrennbaren inneren Gemeinschaft in erhöhtem Maße bewußt werden. Ueber alle Grenzsphäre hinaus bleibt der deutsche Volksgeist ein einziges Ganzes. Seid stark mit uns in dem Glauben: Das deutsche Volk wird nicht untergehen. Aus der tiefen Trübsal dieser Tage wird es sich emporarbeiten. Von der schwer errungenen freiheitlichen Grundlage aus wird es durch die Entfaltung aller guten Kräfte den Aufstieg gewinnen zu höchster politischer, wirtschaftlicher und sozialer Kultur. Volksgenossen! Mit der gewaltigen Trennung ist Euch und uns hohes Unrecht geschehen. Das Recht der Selbstbestimmung ist der deutschen Bevölkerung verweigert worden. Wir werden die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch Euch eines Tages dieses nationale Grundrecht zugesprochen wird. Darum wollen wir uns trotz allen Schmerzes voll Hoffnung und Zuversicht in dieser Abschiedsstunde zuteilen: Treue um Treue! Für das Recht unseres Volkstums wollen wir miteinander einsehen alle Zeit und mit ganzer Kraft.

Der Reichspräsident Ebert.

Die Reichsregierung: Bauer, Schiffer, Koch, Dr. Bell, Dr. Mayer, Dr. David, Müller, Erzberger, Roske, Dr. Gehler, Schlie, Giesberts, Samidt.



Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe
laufend Neu-Eingänge
Wulfsbad, Schafes Eck

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

* Wie von zuständiger Seite verlautet, wird der bereits vor einigen Tagen vom Kabinett verabschiedete Entwurf des Gesetzes über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit alsbald veröffentlicht werden.

* Dem Vernehmen nach wurde bei den Verhandlungen der Reichs- und preussischen Staatsregierung vorbehaltlich der Zustimmung der Parlamente beschlossen, die Teuerungszulagen der Beamten um 150 Prozent zu erhöhen. — Reichs- und Staatsregierung haben sich demnach den Forderungen der Beamten angeschlossen und der außerordentlichen Kostlage der Beamten Rechnung getragen. An der Zustimmung der Parlamente, die zum Inkrafttreten der Erhöhung erforderlich ist, dürfte kaum

zu zweifeln sein, wenn hier auch die Verhandlungen in den Verhandlungen einen breiten Raum einnehmen wird.

* Wie die „Voss. Ztg.“ hört, schreiben gegenwärtig Beratungen über eine Erhöhung der Kohlensteuern. Sie betrug bisher laut Gesetz vom 28. April 1917 20 v. H. des Wertes. Der Ertrag wurde zunächst pro Jahr auf eine halbe Milliarde geschätzt. Er ist infolge der Steigerung der Kohlenpreise jetzt auf 1½ Milliarden zu veranschlagen. Die Erhöhung, die nunmehr in Aussicht genommen ist, soll einen Betrag von 4 Milliarden pro Jahr ins Auge. Die Erhöhung ist einstweilen auf ein Jahr festgesetzt worden.

* Reichsfinanzminister Erzberger sprach in den letzten Tagen in Biberach, Ravensburg und Friedrichshafen. Mit Bezug auf das in die Schweiz abgewanderte Kapital sagte er, er erwarte, daß in Zukunft eine Vereinbarung mit der Schweiz zum gegenseitigen Schutz in Steuerfragen getroffen werden würde. Im Notfall werde das abgewanderte Kapital der Entente an Zahlungsfähigkeit überwiesen werden.

* Der aus ganz Bayern stark besuchte Parteitag der bayerischen Volkspartei (Zentrum) hat in München nach einem Antrag Dr. Heims die sofortige Lösung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichstagszentrum also den Austritt der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung beschlossen und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, daß Erzbergers Einigkeitstheorie mit der Forderung des Einheitsstaates dem Volk den Boden aus den Füßen habe. Der Einheitsstaat wurde einstimmig abgelehnt und mit erheblicher Mehrheit weiterhin beschloß, den Parteitag des Zentrums in Berlin nicht zu schicken.

Japan.

Der Korrespondent des „Temps“ in Tokio meldet, daß außer dem Grafen Okuma nun auch der Vicomte Cato für die Beibehaltung der im kommenden Jahre ablaufenden englisch-japanischen Allianz ausspricht.

Das kommende Schiedsverfahren.

Die Tatsache, daß der vom Reichsarbeitsminister selbst für die Zeit vor Weihnachten angekündigte Gesprächsentscheid über die obligatorischen Schiedsgerichte, die Ergänzung zum Betriebsrätegesetz, noch heute nicht vorliegt, veranlaßt den Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung zu einem Antrag beim Reichsarbeitsminister, auf den ihm die Auskunft wurde, der erste Entwurf, das obligatorische Schiedsverfahren mit der Sicherung des Koalitionsrechts zu verbinden, habe sich als ungangbar erwiesen, vielleicht deswegen, weil das heutige Koalitionsrecht ein negatives sei und erst zu einem positiven aufgestellt werden müsse. Einen einzelnen Punkt aus der Regelung des Koalitionsrechts vorwegzunehmen, habe aber Bedenken. Deshalb gehe neuerdings das Bestreben auf Trennung der Materie und auf Regelung des obligatorischen Schiedsverfahrens für sich allein hinaus. Die Bearbeitung des Gesetzesentwurfes erfordere bei der starken Belastung des Reichsarbeitsministeriums mit Einigungsverfahren und sonstigen Konferenzen längere Zeit als vorgesehen war und ebenso seien die kommissarischen Verhandlungen mit den Ländern sehr zeitaufwendend. Trotz alledem dränge der Arbeitsminister darauf, daß die Materie energisch weiter bearbeitet werde und er habe die Hoffnung, den Entwurf bis zur Februartagung zum mindesten dem Reichsrat vorlegen zu können.

Vierlei Nachrichten.

Heimkehr.

200 Matrosen, die zur Befähigung des Kreuzers „Dresden“ und des Hilfskreuzers „Gecatler“ gehörten und in Chile interniert waren, sind auf dem Bahnhof Charlottenburg eingetroffen und durch den Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegsgefangenen empfangen worden. Nach einer nachträglichen Weihnachtsfeier riefen sie zu ihren Angehörigen ab. In dieser Woche werden weitere Transporte erwartet. Etwa 200 Unteroffiziere und Mannschaften bleiben in Chile, wo sie eine neue Heimat gefunden haben.

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Friesen.

19. Fortsetzung.

Die elegante Corrozza entfacht eine wahre Aufregung unter der Bevölkerung dieser vernachlässigten Gegend. Große, neugierige Augen, weitauferfessene Mäuler, jubelnde Zurufe allüberall.

Jetzt hält sie vor einer mächtigen, wurmstichigen Haustür, die halb offen steht.

Camillo springt vom Bedientisch und öffnet den Wagenschlag.

Zwischen zwei Reihen gaffender Straßenkinder spaziert Jolanda hinein ins Haus, gefolgt von dem schwerbeladenen Diener.

Klopfenden Herzens zieht sie droben die Treppe.

„Frau Belloni zu Hause?“

„Nein. Sie ist ausgegangen.“

„Schade. Aber die Kinder? Sind die Kinder auch nicht zu Hause?“

Die kleinen Kneiglein des Mädchens werden immer größer.

„Natürlich sind die Kinder zu Hause. Wie können die Kinder ausgehen ohne mich? Ich bin ja Kinella, das Dienstmädchen der Frau Belloni.“

„Gut. Dann lassen Sie mich, bitte, eintreten, liebe Kinella! Ich bin eine Verwandte Ihrer Herrin und möchte die Kinder sehen.“

Sprachlos, mit offenem Munde, starrt Kinella zuerst die vornehme Dame an und dann den reichgekleideten Diener, dessen Name unter der Fülle der Paläste zu erschaffen schien.

Möglichst wendet sie sich und reut spornstreichs nach der Tür, die sie höflich aufreißt.

Dann stürzt sie wieder davon, auf eine andere Tür zu. Jolanda hat gar keine Zeit, sich in dem düsteren, uralten Raum umzusehen. Rasches Getrippel kleiner Kinderfüßchen läßt sie aufhorchen.

Da öffnet sich schon wieder die Tür, und auf der Schwelle steht ein wunderlichelches Kinderpaar — ein schlank-

ter, schwarzjüngiger Knabe, und ein rosiges, blauäugiges Mädchenlein, dem die goldblonden Locken weit über die Schultern herabfallen.

Beide schienen etwas scheu. Erschrocken wissen sie nicht, was mit der vornehmen Dame anfangen.

Voll Entzücken ruht Jolandas Blick auf den reizenden Kindern. Impulsiv streckt sie die Arme aus.

Angesogen von der Schönheit der fremden Dame, von der Herzengüte, die aus ihren Augen spricht, und für welche besonders Kinder ein feines Empfinden haben, fliegt Angelina hin zu Jolanda, direkt hinein in die ausgebreiteten Arme, die sich fest, fest um die zarte Kindertorsoe schließen.

Langsam nähert sich nun auch der Knabe.

„Komme, mein Kind!“, ruft Jolanda heiter, ihm die Rechte entgegenstreckend. „Wie heißt du?“

„Kinella!“, lautet die stolze Entgegnung.

„Und du?“ wendet sie sich an das kleine Mädchen, das mit glänzenden Augen bewundernd zu der eleganten Dame amporflehrt.

„Angelina.“

„Nicht so. Ich bin eure Kousine Jolanda. Ihr müßt mich ein bißchen lieb haben. Wollt ihr das?“

Angelina nickt eifrig, während ihr Bruder seine großen, schwarzen Augen mit drolligem Ernst auf Jolandas lächelndes Gesicht richtet.

„Ich weiß noch nicht —“ meint er zweifelnd — „ich kenne dich ja noch gar nicht.“

„So ist unsere Kousine!“, ruft Angelina in verteilendem Tone. „Sie hat es ja eben erst gesagt. Und sieh nur, wie hübsch sie ist! Noch viel hübscher als Mama! ... Ich habe sie schon lieb — sehr lieb!“

Und zur Befestigung ihrer Worte schlingt sie schmelzend beide Kneiglein um Jolanda und verdeckt das blonde Köpfchen in den Falten des weißen Tuschleides, welches sich weich an die schlankste Gestalt des jungen Mädchens schmiegt.

Da öffnet sich abermals die Tür und Kinella tritt ein, auf dem Arm Klein-Kinella.

Schon die Kinnat der beiden ältesten Kinder hatte Jo-

landa aus angenehme berührt. Die engelshafte Lieblichkeit des jüngsten gewinnt ihr Herz im Sturm.

Mit dem entzückten Ausruf: „O, du süßes, süßes Geschöpf!“ eilt sie auf Klein-Kinella zu und küßt voll Wärme und Innigkeit die roten, halbgedeckelten Lippen.

Und die Kleine, noch zu jung, um schon zu sein, lächelt, und die großen, schwarzen Augen blicken Jolanda so freundlich unschuldig an — dem jungen Mädchen, das in seinem ganzen Leben nie etwas mit Kindern zu tun, ja außer auf der Straße, kaum eines je zu Gesicht bekommen hatte, wird ganz eigen ums Herz.

Ihre Augen füllen sich mit Tränen — Tränen der Rührung und des Glücks zugleich.

Da fühlte Jolanda sich schmelzen am Kneiglein gezogen.

„Du Kousine!“ macht Kinella sich bemerkbar. „Du hast denn der da?“

„Sein kleiner Zeigefinger deutet mir über nach dem Diener Camillo, der, aufrecht wie ein Schildwache, mit den Fäusten auf dem Arm, an der Tür steht.“

„Aber das auch ein Kousin? Und für wen sind die vielen Paläste?“

„Ach, das Jolanda auf.“

„Gut, daß du mich daran erinnerst, Kinella. Die Paläste sind für euch!“

Sie bedeutet Camillo, alles auf den runden Sofaß zu legen und winkt ihn ab, worauf der Diener sich sofort zurückzieht.

Der Paar weitgeöffnete Augen folgen jeder Bewegung der schönen „Kousine“, als sie, selbst voll freudiger Erregung, mit geröteten Wangen ihre Gaben anstellt.

Stumm, aber mit glänzenden Blicken, drückt Angelina die große, langgezogene Puppe an sich. Kinella entlockt seiner Trompete einen ohrenbetäubenden Ton, während Klein-Kinella verärgert Gesicht an verschiedenen Fähigkeiten herumknabbert.

Und daneben steht Kinella und glöht kopfschüttelnd, offenen Mundes, die fremde Dame an, die ihr wie eine Fee aus dem Märchenlande erscheint.

Nein, daß Frau Belloni auch gerade heute nicht zu Hause ist!

Fortsetzung folgt.

Das englische Heer.

Aus amtlichen englischen Ziffern geht hervor, daß vom 1. August 1914 bis 11. November 1918 über acht Millionen Mann in das englische Heer eingezogen wurden. Von den Verbündeten übertraf nur Frankreich diese Ziffer. Die Vereinigten Staaten stellten insgesamt nur etwa 2 Millionen Mann auf. Die Engländer hatten 851 117 Tote, 142 055 Vermisste und Gefangene und 2 077 442 Verwundete.

Die europäischen Wirtschaftsverhältnisse.

Wie der „Nieuwe Rotterdammer Courant“ aus London meldet, erklärte Hoover in seiner Rede über die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse Europas: Europa muß an die Arbeit gehen, statt auf die Vereinigten Staaten zu rechnen. Die Bedürfnisse Italiens sind geringer, wenn es sein Heer und seine Flotte demobilisiert. Wie ich weiß, bedroht niemand Italien. Österreich ist der mitgenommene Staat Europas. Die Alliierten müssen zur Einsicht gebracht werden, daß Österreich frei sein muß, politische Bündnisse einzugehen, die es aus dem Armenhaus erlösen. — Wie das Blatt weiter meldet, wird diese Erklärung Hoovers wahrscheinlich sowohl dem Kongreß als auch der amerikanischen Geschäftswelt als Nichtsanerkenntnis ihrer finanziellen Beziehungen mit Europa wahrgenommen. Der Wiederherstellung dient. Die Bedeutung der Erklärung Hoovers kann daher nicht unterschätzt werden, vor allem, weil Hoover von seinen Anhängern als ein Präsidentenwahlkandidat, der sowohl für die Republikaner als auch für die Demokraten annehmbar ist, bezeichnet wird.

Die Lage der Türkei.

Nach einer Privatmeldung des „Temps“ aus Konstantinopel überreichte der türkische Minister des Auswärtigen den Oberkonsularen der alliierten Mächte eine Note, in der die Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität über Konstantinopel verlangt und erklärt, daß jede andere Forderung im Orient einen ständigen Herd der Unruhmischung schaffen werde.

Das besetzte Gebiet.

Koblenz, 12. Jan. (Zugelassene Gesehe.) Die interalliierte Abwandskommission hat nach Mitteilung an den Reichskommissar für die besetzten Gebiete die Anwendung folgender Gesehe und Verordnungen für das besetzte Gebiet genehmigt: 1. Verordnung betr. die Zusammensetzung der Kreisräte und einige weitere Änderungen der Kreisverordnungen vom 18. Februar 1919, 2. Gesetz betr. die Erleichterung des Ausdrucks aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogen, erlassen vom 13. Dezember 1918, 3. Verordnung betr. Aufhebung und Entlassung von Arbeitsverhältnissen vom 8. September 1914, 4. Gesetz betr. die Aufhebung der Ortsschulinspektionen vom 8. Juni 1919, 5. Gesetz über das Branntweinmonopol vom 26. Juli 1918.



Locales und Provinziales.

Schierstein, den 13. Januar 1920

Die Mieterschubbewegung

von Dr. jur. Alfred Mayer.
Schriftführer des Mieterschubvereins, Wiesbaden.

Erst die Wohnungsnot der letzten Jahre und die fortschreitende Verteuerung der gesamten Lebenshaltung hat es zutage gebracht, auch die Mieter zur Solidarität zu erziehen.

Neunzig Prozent der Bevölkerung, die gleiche Interessen vereint, haben erst jetzt erkannt, daß es nötig sei, sich die Hand zu reichen, nachdem Hausbesitzervereinigungen schon seit vielen Jahren bestehen und an vielen Orten der Mieter gütigkeitsvoll die ihm von der Hausbesitzerorganisation vorgelegten Verträge unterschrieben hat, ohne zu ahnen, daß es seinem eigenen Interesse dabei zuwiderhandelt.

Das Bürgerliche Gesetzbuch, von dem Grundsatz der Vertragsfreiheit ausgehend, schließt nur denjenigen Mieter, der keinen schriftlichen Vertrag abgeschlossen hat, läßt es aber — soweit nicht Trenn und Glauben in offenkundiger Weise verletzt werden — zu, daß zwischen Mieter und Vermieter abweichende Vereinbarungen getroffen werden.

In der Zeit des Wohnungsüberflusses war der Hausherr vielfach genötigt, den Mieterwünschen weit entgegenzukommen, in der jetzigen Zeit bittersten Wohnungsmangels aber wird er oft — und ganz naturgemäß — die Wirtschaftslage zum Nachteil seines Mieters für sich auszunutzen versuchen.

Es läßt sich auch vom Standpunkt des vernünftigen Mieters aus nicht das geringste dagegen einwenden, wenn der Hausherr, der Aufwendungen für das Haus macht, die Miete um einen gewissen, diesen Aufwendungen entsprechenden Prozentsatz erhöht. Es erscheint dagegen ungerechtfertigt, wenn er, was nicht allzu selten vorkommt, seit Jahren keinerlei Verbesserungen an dem Haus vornimmt, und dennoch erheblich steigert, zumeist unter Vorwand auf die erhöhten Kosten der Lebenshaltung.

Der Mieter leidet ebenso und oft noch vielmehr unter der allgemeinen Teuerung und die Lasten, die auf ihn zu lasten, sind in den letzten Jahren im allgemeinen nicht schwerer, sondern geringer geworden. Für den Privatbedarf des Hausherrn zu sorgen, muß der Mieter aber ablehnen.

Alles in allem wären hier verschiedne Gesichtspunkte zu unterscheiden. Handelt es sich um ein Haus, das seit Jahrzehnten im Eigentum derselben Familie steht, zur Zeit möglicherweise einer Kriegswinter oder noch minderjährigen Kindern gehört, so liegt in der veränderten wirtschaftlichen Konstellation allerdings eine erhebliche Härte und was früher ein auskömmliches Einkommen darstellte, wird heute kaum mehr den notwendigen Lebensunterhalt befriedigen. Ist dagegen ein Grundstück auf Spekulation gekauft, erheblich über den Preis bezahlt, oder gar kurz nacheinander durch eine Reihe von Händen gegangen, so darf der Mieter nie und nimmermehr der Prügelstrafe sein, der die Lasten, die der neue Eigentümer durch den allzuleuten Preis auf sich genommen hat, abzuschieben.

Wie ist da zu helfen?

In vielen Fällen, insbesondere in denen der unberechtigten Kündigung wird das Mietscheinungsamt im rechten Augenblick einen Riegel vorschleichen. Es bleiben aber Fälle bestehen, in denen die Hilfe des Mietscheinungsamts nicht in Frage kommt, insbesondere der Fall des Abbruchs eines neuen Mietvertrages.

Hier muß sich der Mieter selbst helfen, und er kann es nur, wenn er sich organisiert.

Bereits bestehen an vielen Orten Mieterschubvereine, die es sich zum Ziel gesetzt haben, durch Vorträge und Herausgabe von Broschüren ihre Mitglieder aufzuklären.

Damit allein ist wenig getan. Der Mieterschubverein muß seine Mitglieder schulen können. Er bedarf dazu eines Juristen, der in Fragen des Mietrechts bewandert ist und der den Vereinsmitgliedern Rechtsauskunft erteilt, sie den Hausbesitzern gegenüber vertritt und auch den Gang zum Mietscheinungsamt mit ihnen tut.

Er muß ferner mit den Gegenorganisationen der Haus- und Grundbesitzer nicht nur im Kampf, sondern auch in Verbindung treten und versuchen, gesunde dauernde Beziehungen zwischen beiden Interessengruppen zu schaffen.

Er muß endlich durch ständige provinziale Organisation mitwirken den großen Reichsverband aller Mieterschubvereine zu stärken.

Auf diese Weise wird der Erfolg nicht auf sich warten lassen und ebenso wie die Konsumantenorganisationen im Wirtschaftsleben ihre Stellung behaupten, werden auch die Mieterschubvereine in wichtigen wirtschaftlichen Fragen eine ausschlaggebende Rolle spielen können.

Hierzu schreibt uns der Gründer der Mieterschubbewegung unseres Bezirks, Herr Direktor Abigt, Wiesbaden folgendes: Durch die neue Höchstpreisverordnung ist der Schutz des Mieters in ein neues Stadium getreten und wird dauernd die größte Bedeutung in unserem Wirtschaftsleben behalten. Ein Gegensatz der Interessen wird immer bestehen müssen und es kann hier nur ein Ausgleich gesucht werden, der ihn mildert. Dazu sind sachliche Verhandlungen nötig, bevor die Mietscheinungsämter einschreitend eingreifen müssen, nachdem ja diese Einrichtung für alle Gemeinden über 2000 Einwohner jetzt geschaffen werden müssen und für kleinere geschaffen werden können, falls nicht Kreis- oder Wohnungsverbände für die kleinen Gemeinden ein einheitliches Einigungsamt schaffen. Wie man einen Mieterschubverein bildet und praktische Satzungen für diese, habe ich in dem Mietrechts-Auskunftsbuch ausgeführt und der Mieterschubverein Wiesbaden steht für beabsichtigte Gründungen von Mietervereinigungen mit Rat und Tat, insbesondere auch Rednern zur Verfügung. Die Mieterorganisationen sind im ganzen Reich auf dem Marsch zur wirtschaftlichen Macht, denn 90% der gesamten Bevölkerung Deutschlands stehen als Mieter hinter ihnen. Sie sind nicht mehr aufzuhalten, auch nicht in Schierstein.

„Schicksal. Von Mund zu Mund ging in den letzten Tagen das Gespräch über das Schicksal der Familie Menz von hier, das man nur mit tiefer Erschütterung aufnehmen muß. Ein Sohn bezog. Bruder der Familie, Martin Menz, geriet im Jahre 1915 in russische Gefangenschaft und hat seit dieser Zeit, wie man den Umständen nach annehmen muß, keine Nachricht mehr von der Heimat erhalten. Seine eigenen Briefe gelangten noch bis Januar 1918 hier an, aber von da ab erhielten die Angehörigen auch von ihm kein Lebenszeichen mehr, und die Hoffnung, daß er noch am Leben ist, war nur gering. Da traf vor wenigen Tagen von ihm ein Telegramm aus Ausland ein, worin er anzeigt, daß er sich auf der Heimreise befindet. Es folgten zwei Postkarten aus Hamburg vom 9. ds. Mts. Je eine an seine Mutter und seine Frau. Seine Meldungen erreichten die Adressaten nicht mehr, denn beide sind während der langen Zeit der Trennung verstorben. Zwei andere Mitglieder der Familie, die er auf den Postkarten grüßen ließ, weilen ebenfalls nicht mehr unter den Lebenden. Der unglückliche Mann trifft in den allernächsten Tagen hier ein. Ein hartes Schicksal liegt hinter ihm, ein noch härteres empfängt ihn beim Eintritt in die Heimat.

Am Freitag, den 9. ds. Mts., fand im hiesigen evgl. Diakonissenheim die diesjährige Generalversammlung des evgl. Kirchengesangsvereins statt. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick auf die Tätigkeit des Vereins im abgelaufenen Jahr. Auf einer größeren Veranstaltung am Sonntag in der evgl. Kirche wirkte der Verein noch mit an allen Hauptfesttagen der evgl. Kirchengemeinde. Die Mitgliederzahl ist auf 126 gestiegen. Zu verzeichnen sind 4 Austritte und 15 Eintritte. Im Laufe des Winters hat der Verein noch einen Familienabend geplant. Die Einnahmen betragen 872 Mk., die Ausgaben 771,35 Mk. Nach stattgehabter Wahl setzt sich der Vorstand für das neue Vereinsjahr folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender Herr Wilh. Wehling, 2. Vorsitzender Herr Hans Römer, Kassierer Herr Ambrosius, Schriftführer Ad. Dauter; Beisitzer: Fred. Schröder, Jakob Jökel, Gustav Dauter, Frl.

Vina Koffel, Gretel Dauter, Luise Heinz, Johanna Wagner. Die bisherigen Vorstandsmitglieder, 1. Vors. Herr Römer, Schriftführer Frl. Stenning und Kassierer Johanna Wagner treten freiwillig von ihren Ämtern zurück. Für ihre lange Tätigkeit im Verein wurde ihnen von Herrn Römer im Namen des Vereins der herzlichste Dank ausgesprochen. Die Vereinsdienergeschäfte werden auch weiterhin von Herrn Fied. Birk besorgt. Die Gesangsstunden beginnen wieder heute, Dienstag, d. 13. ds. Mts., und werden noch bis auf weiteres im Diakonissenheim abgehalten.

Der lathol. Kirchenchor läßt am Donnerstag, den 15. ds. Mts., für seine Verstorbenen und Gefallenen ein Seelenamt abhalten.

Erneutes Hochwasser. Infolge der andauernden Niederschläge ist der Rhein seit gestern wieder im Wachen begriffen. Vom Oberrhein wird starkes Anschwellen des Wassers gemeldet. Der Rheinpfeil im hiesigen Hafen zeigt bereits wieder den Stand von 3,38 Meter an.

Verfuchter Diebstahl. In vorletzter Nacht drangen Diebe in den Hof eines Hauses an der Wallstraße um dem Einwohner G. sein „Wuhchen“ mitgehen zu lassen. Der durch die vielen Eindrücke der letzten Zeit gewöhnte Besitzer hatte sich aber eine elektrische Klingel andringen lassen, die ihm den verführten Diebstahl sofort meldete, wodurch die Diebe verjagt wurden. Das nennt man Pech.

Heute Abend findet die öffentliche Versammlung der U. S. V. bei Herrn H. Wolf statt. Das zu besprechende Thema lautet „Stellungnahme zur Lebensmittelpreistreibeerei.“

Elternbeiräte. Kurz vor Ausbruch der Revolution waren in Preußen zum erstenmal Elternbeiräte eingeführt worden. Sie waren aber nur für höhere Schulen bestimmt und erfreuten sich sowohl wegen ihrer einseitigen Zusammenfassung wie wegen ihres beschränkten Wirkungsbereiches nur geringer Beliebtheit. Nun sind neue Bestimmungen über die Elternbeiräte herausgekommen, die ihnen eine wesentlich größere Bedeutung für das Schulwesen zu geben versprechen. Die sind nunmehr an allen Schulen einzurichten, setzen sich nur aus Eltern zusammen und werden auch aus rein demokratischen Grundsätzen gewählt. Sie sollen nicht nur der Förderung und Vertiefung der Beziehungen zwischen Schule und Haus dienen, sondern auch den Eltern wie der Schule die Arbeit miteinander und den Einfluß aufeinander gewährleisten. Schulleiter und Lehrerschaft nehmen an den Sitzungen nur mit beratender Stimme teil, der Elternbeirat kann auch ohne sie tagen. Der Beirat hat über Wünsche und Anregungen aus Elternkreisen zu verhandeln, die sich auf den Schulbetrieb, die Schulzeit und die Ausbildung der Kinder beziehen und die über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung sind. Er ist unter Umständen sogar zu hören, wenn schwerwiegende Verfehlungen die Verweigerung eines Schülers von der Schule oder eine das Fortkommen schwerende Sittennot im Abgangszeugnis erforderlich machen. Der Wahlvorgang vollzieht sich genau nach dem Muster der Reichs- und Landtagswahlen in geheimer Verhältnis- und Listenwahl. Es sind Wahlerlisten auszulegen und zwei Elternversammlungen einzuberufen, die der Vorbereitung der Wahl, besonders der Aufstellung der Kandidatenlisten und der Bildung des Wahlvorstandes gelten. Nicht nur die Väter, sondern auch die Mütter und Adoptivväter haben Stimmrecht. Auf je 50 Kinder kommt ein Vertreter der Elternschaft. Es ist zu hoffen und wünschen, daß der Grundsatz: „Parteilosigkeit gehört nicht in das Schulleben“, den auch das jetzige Kultusministerium vertritt, bei der Schaffung der Elternbeiräte beachtet werde. Ein Beirat, der sich nur aus Eltern einer bestimmten Partei zusammensetzt, könnte keinen Segen stiften und würde von dem Unwillen der andersdenkenden Eltern bald hinweggeführt. Da der Wahltermin nach Zeitungsberichten für Anfang März vorgesehen ist, so müssen die nötigen Vorbereitungen spätestens Ende Januar beginnen.

Gegen die Wohnungsnot. Für den Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme von Biebrich ist folgendes bestimmt worden: „Zur Unterbringung von Einzelpersonen ohne selbständigen Haushalt können benutzte, im Verhältnis zur Zahl der Bewohner übergröße Wohnungen hinsichtlich einzelner für diese entbehrlicher und für die Abgabe passend gelegener Räume auch dann in Anspruch genommen werden, wenn eine wirtschaftliche Abtrennung nicht möglich ist. Der Gemeindevorstand kann alsdann die wohnliche Ausstattung dieser Räume mit verfügbaren Einrichtungsgegenständen gegen angemessene Entschädigung verlangen.“

Die Bestimmung, daß in die seit 1. Januar eingeführten Eiltsopakete (Päckchen) briefliche Mitteilungen eingelegt werden dürfen, trifft für das besetzte Gebiet nicht zu. Päckchen und Postpakete innerhalb des besetzten Gebietes und zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland dürfen keinerlei schriftliche Mitteilungen enthalten.

An die Winzer des Rheingau!

Die Landwirtschaftskammer präsentiert auch in diesem Jahre kleine selbständige Winzer und Hofsteuere für gute Pflege und Düngung der Weinberge und giebt des weiteren auch Zuschüsse für im Jahre 1919 ausgeführte Drahtanlagen in Weinbergen. Anträge sind bis 31. Januar an Herrn Landesökonomierat Dr. in Rüdesheim einzureichen. Denselben für Drahtanlagen sind die genauen Kostenrechnungen beizulegen und ist anzugeben, ob die Anlagen mit oder ohne Selbstvorsorgung ausgeführt worden sind.

Schilling,
Obst- und Weinbau-Inspektor, Geisenheim.

Skandalöse Zustände.

Millionenverluste.

Die „Post. Ztg.“ bringt aufsehenerregende Mitteilungen über skandalöse Zustände auf dem Schießplatz von Jüterbog. Dort werden täglich für etwa 40 Millionen Mark Geschossmetalle von Unbefugten einfach fortgenommen und zwar am helllichten Tage. Die Leute rufen mit Pferd und Wagen an und nehmen, was sie vorfinden. Tausende von Eisenbahnwaggons, die auf dem Gleis der Militärbahn stehen, werden buchstäblich ausgeplündert. Auf diese Weise hat das Reich in den letzten Wochen Millionenverluste erlitten. Von der Regierung werden diese Zustände zugegeben. Das zukünftige Wehrkreiskommando erklärte nämlich, daß es alle Maßnahmen treffen werde, um die Zustände in Jüterbog zu beseitigen. In der Reinholdsdorferstraße in Berlin soll sich ein ganzes Konfession befinden, das sich nur mit der Verschlebung dieses gestohlenen Materials beschäftigt. Auch die Eisenbahndirektion Berlin erklärt gleich der Kommandantur Jüterbog, daß sie der Verhinderung der dreitausend Personen- und Güterwagen, die reparaturbedürftig sind und auf der Strecke der Militärbahn Jüterbog-Marienfelde stehen, vollkommen machtlos gegenüber stehe.

Wie das Meter entstand.

Wenn wir heute internationale Maßeinheiten besitzen, die unter sich einen erstaunlichen Grad der Uebereinstimmung aufweisen, so ist das nicht das Werk eines Augenblicks gewesen. Das zeigt in anschaulicher Weise die Entstehung des Längemaßes, über die Hermann K. v. d. im Januarheft der „Wochenschrift „Stimmen der Zeit“ (Verderfse Verlagbuchhandlung) eine interessante Untersuchung anstellt. Die Benutzung der Längemaße reicht hinauf bis in die graue Vorzeit. Die Babylonier und Ägypter und andere Völker des Altertums bedienten sich der gewöhnlichen und der königlichen Elle. Im allgemeinen waren die Längemaße mit dem menschlichen Körper gegeben. Die Unmöglichkeit solcher Maße bedingte die Einführung von Maßstäben aus Holz oder Metall. Im Mittelalter gab es eine Fülle der verschiedensten Längemaße. Erst im 17. Jahrhundert begannen wir praktischen Vorschläge zur Schaffung eines einheitlichen Maßes. Der beste stammt von dem genialen holländischen Physiker Christiaan Huygens, dem Konstrukteur der Pendeluhr, der die Länge des Sekundenpendels als Längeneinheit festlegte. Der dritte Teil dieser Länge sollte der Fuß oder Eubendmaß genannt werden. Fast gleichzeitig, im Jahre 1670 trat Gabriel Mouton aus Lyon mit dem Plan hervor, daß der Meridian das neue Maß liefern sollte. Teilt man den Meridian in 360 gleiche Teile oder Grade, jeden Grad wieder in 60 Teile oder Minuten, so sollte die Minute eines Meridiangrades das Normalmaß abgeben.

Eine Vergleichung beider Pläne läßt unschwer das Ueberlegen des Huygensschen Vorschlages erkennen. Die Bestimmung der Länge des Sekundenpendels ist wesentlich einfacher und genauer zu bestimmen als die Bestimmung einer Meridianminute. Es ist zu bedauern, daß unserer modernen Einheit nicht Huygens, sondern Moutons Idee zugrunde liegt. Die französische Nationalversammlung beschloß im Jahre 1791 bei der Einführung eines neuen Maß- und Gewichtssystems vom vierten Teil des Meridians, einem Meridianquadranten, den zehn-millionsten Teil zu nehmen und ihn als Normalmaß „Mètre“ einzuführen. Das Meter sollte dann nach dem Dezimalsystem weiter unterteilt werden. Zur genauen Bestimmung der neuen Länge des Meters nahm man auf dem Meridianbogen zwischen Dunkirk und Montjuich bei Barcelona eine neue Gradmessung vor. Die neue Maßeinheit wurde am 25. Juli 1800 gesetzlich zu 0,513074 Toisen bestimmt. Zur Festlegung fertigte man 1799 einen Platinstab von 25 Millimeter Breite und 4 Millimeter Dicke an. Dieser sogenannte Endmaßstab ist unter dem Namen Mètre des Archives das Urmäß für alle Meterstäbe geworden. Das Meter wurde in Frankreich 1837, im Norddeutschen Bund 1868 gesetzlich eingeführt.

Mit dem Jahr 1867 beginnt die letzte Entwicklungsstufe des Meters als internationale, wissenschaftliche und praktische Einheit. Am 20. Mai 1875 unterzeichneten die Vertreter von 18 Staaten, darunter Deutschland, Österreich, Frankreich, die Schweiz und Amerika die Gründung eines wissenschaftlichen Instituts, das sich mit allen einschlägigen Fragen befassen sollte. Es galt ein Abbild des vorhandenen Urmeters zu schaffen. Man wählte nicht reines Platin, sondern eine widerstandsfähigere Legierung aus Platin und Iridium. Die Abnutzung sollte dadurch verhindert werden, daß man den Stab nicht als Endmaßstab sondern als Strichmaßstab ausbildete. Zu diesem Zweck erhielt der ganze Stab eine Länge von 102 Zentimetern. Je 1 Zentimeter vom Ende abgehend, gibt ein Querschnitt die genaue Größe des Meters an. Es wurden sofort eine Reihe von Stäben, entsprechend der Zahl der beteiligten Staaten angefertigt. Der dem Urmeter am nächsten kommende Stab wurde mit einem gotischen „M“ bezeichnet und zum internationalen Prototyp des Meters bestimmt. Die Länge dieses Stabes bei Null Grad Celsius ist unsere heutige Längeneinheit. Deutschland erhielt den Stab Nr. 18.

Berichtszeitung.

Die Haftung des Speditors. Wenn ein Spediteur einen Auftrag zur Beförderung von Gütern ohne Vorbehalt annimmt, so übernimmt er damit die gesetzliche Haftung für den Verlust der Güter, muß also dem Auftraggeber den vollen Wert während der Beförderung geschädigter oder sonst verloren gegangener Güter ersetzen, was er auch bei der Abholung des Gütes dem Auftraggeber einen Schein mit gedruckten allgemeinen Beförderungsbedingungen ausbändigen lassen, nach denen er eine gesetzliche Haftung erheblich einschränken will. Denn der Speditionsvertrag ist rechtsgültig bereits mit der Annahme des Auftrages zustande gekommen, kann daher auch bezüglich der Haftungsbestimmungen nur mit Zustimmung des Auftraggebers abgeändert werden. Dies hat das Reichsgericht jetzt an-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Verteilung von Lebensmitteln.

In den hiesigen Lebensmittelgeschäften gelangen zur Ausgabe: 300 Gramm Graupen, das Pfund zu 0.70 Mark, 150 Gramm Haferflocken, das Pfund zu 0.85 Mark, 200 Gramm Gries, das Pfund zu 0.85 Mark.

Betr. Ausgabe von Zwieback.

Donnerstag, den 15. ds. Mts., von 9—10 Uhr vormittags, findet die Ausgabe von Zwieback für Kinder und Kranke, solange der Vorrat reicht, gegen Vorzeigung von Ausweisen statt. Es werden auf jeden Ausweis 4 Pakete Zwieback zum Preise von 1.60 Mk. verausgabt. Die festgesetzte Zeit ist genau einzuhalten und die Beträge abgezählt mitzubringen.

Betr. Ausgabe von Petroleumkarten.

Die Ausgabe von Petroleumkarten findet am Mittwoch, den 14. d. Mts. statt und zwar

von 2	— 2 1/4	Uhr 1.	Broikartenbezirk
"	2 1/4 — 3 1/4	"	2.
"	3 1/4 — 4	"	3.
"	4 — 4 1/4	"	4.

Kleinverkaufspreis für Kartoffeln.

Der Kleinverkaufspreis für Kartoffeln beträgt ab 10. Januar 1920 per Pfund 18 Pfennig.

Betr. Auszahlung der Quartiergelder.

Die Auszahlung der Quartiergelder findet am Donnerstag, den 15. und Freitag, den 16. Januar, vorm. von 8—12 Uhr bei der Gemeindefasse statt und zwar am Donnerstag für die Quartiergeber mit den Anfangsbuchstaben A bis L und am Freitag von M bis Z.

Als zugelassen ist gemeldet:

Eine redbühnfarbige Henne.

Näheres auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierstein, den 13. Januar 1920.

Der Bürgermeister: Schmidt

Statt Karten.

Danksagung.

Allen denen, die bei dem Heimgegangenen unseres lieben, teuren Entschlafenen so herzlichen Anteil nahmen, insbesondere aber den Beamten und Bediensteten des Bahnhofs Schierstein für ihre schöne Kranzspende sagen wir hierdurch unseren innigsten Dank.

Schierstein, den 13. Januar 1920.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

K. Schmunk

Oberbahnassistent.

2 Paar fast neue

Chevro-Stiefel

Größe 43 u. 44, zu verk.

Querstr. 2.

Lehrling gesucht.

Ein strebsamer Junge aus achtbarer Familie mit guter Schulbildung kann zu Offern bei uns in die Lehre treten.

Schiersteiner Zeitung

Seipulte

Cognatflaschen

Bordoflaschen

Weinflaschen

kauft zu höchsten Preisen

Flora-Drogerie.

Mehrere

Ueher

in Schiersteiner Gemarkung zu verpacken.

Franz Winkel,

Deitrich a. Rh.

Rest. „Stadt Köln“ Biebrich.

Wer kommt am 25. 1. 1920?

Brillanten, Platin, Gold, Silber
Zahngebisse, Holzbrandstifte, Uhren, Münzen, Schmuck-
sachen, Bestecke, Leuchter, Service
kauft höchstzahlend nur
Eduard Heesen, Wiesbaden, Wagemannstr. 21.
Bitte genau auf Nr. 21 zu achten!

Zwangsversteigerung.

Am 19. Januar 1920, nachmittags 3 1/2 Uhr, wird auf dem Rathaus in Schierstein das Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten, Milchhaus und Schweinestall, Adolfsstraße 25 in Schierstein, 1 a 94 qm, zwangsweise versteigert. Eigentümer: Die Erben Johann Augellstahl. Wiesbaden, den 6. Januar 1920.

Das Amtsgericht, Abt. 9.

Achtung!

Knoche, Lampe, altes Eisen,
Uniformen nach von Preisse,
Kassenschrank von wege Pleite,
Gerte, Sattelzeug zum Reite,
Alte Hufe, alte Kasse,
Alte Stiefel, Schuh und Schlappen,
Alte Uhren von wege Platz,
Kauft stets zu dem höchsten Satz,
Guterhaltenes Dienrohr,
Heinrich Wiegand, junior.
Wiesbaden,
8 Hochstättenstraße 8.

Gold

In jeder Form und Menge

auch

Zähne kauft

Juwelen
Uhren

Platin

für hohen
Preis!

Bok

Wiesbaden -
Kirchgasse 70

Silber

Für Reise-Pässe

Passbilder in 24 Stunden lieferbar

6 Stück 3.50 Mk., 12 Stück 5 — Mk.

Moderne Skizzen-Postkarten

1/2 Dtzd. Mk 11, 1 Dtzd Mk 18.

Kunst-Atelier E. Albert,

Moritzstrasse 20. Wiesbaden. Moritzstrasse 20

Sonntags geöffnet von 9—2 Uhr.

Prima Rantabak

eingetroffen
per Rolle 1.50 Mark.

Georg Zoffidi

Zigarren-, Zigaretten- und
Tabakwaren-Handlung
Wiesbaden, Bleichstraße 41.

Hohe Felle

Füchse, Marder, Iltis, Kanin,
Hasen, kauft zu höchsten Preisen
Schwerdtfeger, Wiesbaden,
Kirchgasse 76.

Tanzunterricht

Engel und in Kurzen etl. jeb.
(einst. Sonntags.)
W. Klapper und Frau,
Wiesbaden.

Kleine Schwalbacherstr. 10, Eing.
Mauritiusstr., neben Hammer-
Achtspiele.

Perier, orientalische und andere
Türkische, Kelins, Decken, alte
Stoffe, Porzellan, Gemälde,
Kupferstiche, Miniaturen, Gold-
und Silberarbeiten, Brillanten, Anti-
quitäten, Klavieren, kauft zu hohen
Preisen E. Klapper, Wiesb.,
Friedrichstr. 55.
Möbel An- und Verkauf.

Kinderschuhe

Größe 19—21 billig abzuge-
ben. Näh. in der Geschäfts-
stelle.

Metalle,
Lumpen, Papier,
Flaschen

kauft zu höchsten Preisen

J. Gauer,

Wiesbaden,

Helenenstr. 18, Telephon 1832.

Karbid-,

Karbid-Lampen,

Kaffeeröster, Gaslampen,
Brenner, Zyl., Glühbirnen,
Gasfächer und Schläuche,
Brat- und Backhauben, Bade-
wannen, Zopfdrähte zu ver-
kaufen.

Krause, Wiesbaden,

W.-Lig.-straße 10.

Felle

Hasen, Füchse, Marder,
Biegen, Kanin, und Iltis
kauft stets

D. Brandis,

Kürschner,
Wiesbaden,
Langgasse 39, I.
Telefon 2024.

Platin

Holzbrandstifte
Zahngebisse
(auch einzelne Teile)

Gold, Silber, Münzen
zu den Tagespreisen kauft stets

Heil, Mainz,

Rosengasse 5.

Goldschmiedewerkstatt.



Kaulmännische
Privatschule

H. Leicher

Gegründet 1898.

Wiesbaden,
2 Bahnhofstrasse 2
Ecke Rheinstraße.

Am 15. Januar

Beginn neuer

Tag- u. Abendkurse.

Lehrpläne gern z. Diensten